

„Das Leben ist keine Excel-Tabelle“

OBERBÜRGERMEISTER DIETER SALOMON ÜBER BLOCKBILDUNG, DIE KOMMUNALWAHL IM JUNI UND POLITIK GEGEN ARMUT



Fotos: © Kai Hockenjos

chilli: Herr Salomon, zuletzt konnten Sie sich beim Regieren zumeist auf eine grün-schwarze Mehrheit im Gemeinderat verlassen. Die Opposition zieht jetzt in den Kommunalwahlkampf, um diese Blockbildung aufzubrechen. Expecten Sie, dass die politischen Kräfteverhältnisse am Abend des 7. Juni ähnlich stabil sein werden?

Salomon: Ich sehe gar keine Blockbildung, anders als oft behauptet ist die Stadt aus meiner Sicht nicht gespalten. Den Kern meiner Politik macht aus, in den allermeisten Themen nahe-

zu einstimmige Mehrheiten im Gemeinderat zu schaffen. Das ist so bei der Schulsanierung, beim Ausbau von Kinderbetreuung und Öffentlichem Nahverkehr, bei Klimaschutz und Integrationspolitik. Hier wird Stadtpolitik vom ganzen Haus getragen.

chilli: Der konsequente Schuldenabbau aber nicht, die Unabhängigen Listen (UL) und die SPD argumentieren, mit etwas weniger Schuldenabbau könnte deutlich mehr soziale Gerechtigkeit geschaffen werden ...

Salomon: Der Kurs von 2006 war umstritten, als wir keinen Cent mehr hatten und die städtischen Wohnungen verkaufen wollten, um wieder handlungsfähig zu werden, und um investieren zu können. Das war umstritten ...

chilli: ... und hat in der Stadt tiefe Gräben gerissen, die sehr wohl zur Blockbildung geführt haben. Rechnen Sie damit, dass die Volksfürsorge mit UL und SPD den gescheiterten Wohnungsverkauf noch thematisie-

ren wird, um Boden gegen die Allianz aus CDU, Grünen und Freien Wählern gutzumachen?

Salomon: ... die Haushaltskonsolidierung ist heute nicht umstritten. Was heute noch unter Blockbildung verstanden wird, drei Jahre danach, sind hauptsächlich Phantomschmerzen. SPD und UL versuchen daraus Nektar zu ziehen, um sich überhaupt noch zu unterscheiden. Da wird künstlich versucht, die Gräben offenzuhalten. Das zielte auch von Anfang an auf den Wahlkampf. Aber das Thema selbst beschäftigt die Menschen heute nicht mehr so sehr.

chilli: Eine schuldenfreie Kommune kann kein Ziel sein, sagt die Opposition.

Salomon: Schuldenpolitik heißt nichts anderes, als dass die öffentliche Hand Schulden macht, also Staatsanleihen in Anspruch nimmt, an denen Wohlhabende verdienen. Hohe Schulden bedeuten hohe Zinsen. Das Geld fehlt dann für Menschen mit wenig Einkommen. Von daher ist das auch aus linker Sicht eine verlogene Diskussion.

chilli: Freiburg hatte 2006 gut 336 Millionen Euro Schulden, ohne die 140 der Stadtbau ...

Salomon: Weil lange Jahre das Strukturelle des Defizits durch Vermögensverkäufe überblendet wurde. Dieses Defizit haben wir mit der Konsolidierung angepackt. Ende 2008 hatten wir nur noch 295 Millionen und bauen in diesem und im nächsten Jahr noch einmal 30 Millionen ab. Trotzdem müssen wir derzeit 11 Millionen Euro Zins und Tilgung im Jahr zahlen. Die könnte ich besser woanders einsetzen.

chilli: Wollen Sie den Schuldenabbau bis auf null treiben, wie es der Masterplan vorsieht?

Salomon: Ich habe immer gesagt, das Leben ist keine Excel-Tabelle. Anders formuliert: Kommt eine

Weltwirtschaftskrise, sieht es total anders aus. Man muss das Ziel eines schuldenfreien Freiburg haben, muss aber auch auf die konkrete Situation reagieren.

chilli: Wie etwa jetzt bei der Franz-Siegel-Halle, für deren nur vorübergehende Weiternutzung jetzt mal eben 2,6 Millionen Euro zugesagt worden sind.

Salomon: ... die wir aber jetzt ohne Kredite aus unseren Rücklagen nehmen können. Auch das ist ein Ergebnis der Sparpolitik. Vor drei Jahren hätten wir das nicht gekonnt.

chilli: Die FDP fordert ein gesetzliches Verbot für kommunale Neuverschuldung – auch in schlechten Zeiten. Gehen Sie das mit oder würde das politischen Spielraum einengen?

Salomon: So eine Forderung hatten wir schon mal von Junges Freiburg beim vorletzten Haushalt. Damals hat unser Rechtsamt gesagt, dass das rechtlich nicht

geht, weil man damit das Königsrecht des Gemeinderats, den Haushalt zu verabschieden, ad absurdum führen würde. Man kann sich also nur politisch dazu verpflichten. Das halte ich auch für sinnvoll. Der Abbau von Schulden ist Politik für die künftigen Generationen. Es kann sinnvoll sein, sich in Krisen zu verschulden, wie es der Bund gerade tut. Aber wenn es wieder läuft, muss man das auch zurückzahlen. Wir haben über Jahrzehnte in guten Zeiten nicht zurückgezahlt. Im Bund muss jeder fünfte Steuereuro für Zinsen ausgegeben werden.

chilli: Die Linke Liste sieht eine immer tiefere Spaltung zwischen Arm und Reich in der Stadt und fordert ein kommunales Armutsbekämpfungsprogramm.

Salomon: Unsere Ausgaben fürs Soziale haben zwischen 2001 und 2008 um fast 50 Prozent zugenommen, von 66 auf jetzt 92 Millionen Euro.

Das deutet nicht gerade auf einen Sozialabbau hin. Ich glaube, es gibt kaum eine Stadt, die ein so dichtes Netz von sozialen Einrichtungen und Angeboten hat. Diese Verelendungsthese ist eine klassisch linke Denkfigur und stammt vom alten Marx. Richtig ist, dass zu Beginn des Jahrzehnts in ganz Westeuropa die Schere zwischen Arm und Reich aufgegangen ist, ein Ergebnis der Globalisierung. Aber ich bin gespannt auf neuere Zahlen für Freiburg, auch wir haben davon profitiert, dass die Arbeitslosenzahl in den vergangenen drei Jahren von 5 auf 3,5 Millionen zurückgegangen ist. Da geht die Schere auch wieder zu.

chilli: Freiburg hat erst vor wenigen Wochen erstmals überhaupt die Grenze von mehr als 100.000 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten geknackt.

Salomon: Auch das spricht gegen steigende Armut. Wir haben den größten Arbeitsplatzzuwachs im Land, wir hatten 1987 rund 111.000 und heute 147.000 Erwerbstätige, dazu zählen auch Freiberufler und Beamte. Das ist eine absolut positive Tendenz, die wir verstetigen wollen, Beschäftigung ist die beste Politik gegen Armut und Ausgrenzung. >>>

Wählen ist Ausdruck des Engagements für die Allgemeinheit



»» **chilli:** Wird sich diese Tendenz auch in dieser Zeit fortsetzen?

Salomon: Wir haben jetzt in der Krise gegenüber anderen Kommunen den Vorteil, dass in Freiburg nur 18 statt bundesweit 33 Prozent der Arbeitsplätze in der Produktion, d.h. auch in exportabhängigen Branchen wie Autos oder Maschinenbau sind. Wir werden also nicht so stark vom Anstieg der Arbeitslosigkeit betroffen sein. Aber wir werden als steuer-schwache Stadt, die stark an den finanziellen Ausgleichssystemen von Bund und Land hängt, betroffen sein.

chilli: Mit wie viel Steuereinnahme-einbußen gegenüber dem Haushaltsansatz rechnen Sie aufgrund der Finanzkrise?

Folge, in denen wir jeweils mehr als 65 Millionen investieren konnten.

chilli: Freiburg hat von der guten Konjunktur profitiert.

Salomon: Und von eigenen Anstrengungen. Ende 2010 werden wir 350 Stellen abgebaut haben. Wenn wir das nicht getan hätten, müssten wir jährlich etwa 23 Millionen Euro mehr ausgeben.

chilli: Sie wollten 600 abbauen.

Salomon: Das war eine rechnerische Zahl, dass das schwierig wird, wusste ich immer. Aber wir haben auch bei den Sachkosten angesetzt, Gebäude konzentriert, Ämter zusammengelegt. Wir haben in den vergangenen acht Jahren allein beim eigenen Personal insgesamt 120 Millionen gespart.



Salomon: Das wird erst die Steuer-schätzung im Mai zeigen. Wir wissen, dass es weniger wird, aber noch nicht wie viel. Es ist uns aber durch unsere Konsolidierungspolitik gelungen, dass wir zumindest dieses und nächstes Jahr auch das investieren können, was wir beschlossen haben. Der Etat 2009/2010 ist schon ohne die Konjunkturprogramme I und II der größte Investitionshaushalt Freiburgs aller Zeiten.

chilli: Aller Zeiten?

Salomon: Aller Zeiten. Wir hatten 2002 ein einzelnes Ausreißerjahr durch Sondereinnahmen aus Verkäufen, in dem wir 64 Millionen Euro investiert haben, aber wir hatten noch nie wie jetzt zwei, drei Jahre in

chilli: Das legt im Umkehrschluss nahe, dass Ihr Vorgänger Rolf Böhme Ihnen einen aufgeblähten Verwaltungsapparat hinterlassen hat?

Salomon: Dem werde ich nicht widersprechen. Wir haben auch Vereinbarungen mit den städtischen Gesellschaften geschlossen. Die Verkehrs AG muss fünf Millionen Euro im Jahr sparen, die Freiburger Stadtbau macht jetzt erstmals Gewinne, die wir wieder in Neubau und Sanierung investieren können, Badenova hat eine gigantische Restrukturierung gemacht, die sparen 30 Millionen Euro im Jahr, die Freiburger Wirtschaft, Touristik und Messe GmbH kriegt weniger Geld von uns. Und jetzt kommen aus den Konjunkturprogrammen noch ein-

mal 19 Millionen Euro hinzu, die wir direkt wieder ausgeben, um den über Jahrzehnte aufgetürmten Sanierungsstau schnell abzubauen.

chilli: Badenova hatte 2002 noch 150 Millionen Euro Schulden, heute 60. Auch deswegen kann sie überhaupt um die Anteile der Thüga mit-bieten. Sind Sie überzeugt, dass Badenova zum Zuge kommt?

Salomon: Ich höre, es läuft gut.

chilli: Der Ausgang der Kommunalwahl 2009 wird auch eine Rolle dabei spielen, ob die SPD einen eigenen Kandidaten für die OB-Wahl 2010 ins Rennen schickt. Wird Ulrich von Kirchbach gegen Sie antreten?

Salomon: Ich gehe davon aus, dass CDU und SPD eigene Kandidaten ins Rennen schicken. Ich rechne aber damit, dass ich auch nach der Wahl OB sein werde.

chilli: Warum?

Salomon: Weil ich eine gute Bilanz vorzuweisen habe und auch einiges vorhabe. Wir investieren in einem Doppelhaushalt fast 130 Millionen Euro. Wenn wir nicht erfolgreich konsolidieren würden, könnten wir keine Schule und keine Brücke sanieren. Wir investieren allein in bessere Kinderbetreuung, den Ausbau der Krippenplätze für unter Dreijährige bis Ende 2010 insgesamt 12 Millionen Euro mehr als noch 2008. Wir sehen jetzt die Früchte des Konsolidierungskurses. Diese Politik hat im Gemeinderat eine nahezu hundertprozentige Mehrheit.

chilli: Warum sollen die Bürger am 7. Juni 2009 wählen gehen?

Salomon: Weil die kommunale Politik die Menschen am direktesten berührt, und umgekehrt die Menschen auch den direktesten Einfluss auf die Politik haben. Jeder und jede ist betroffen. Wählen ist ein Ausdruck des Engagements für die Allgemeinheit.

chilli: Herr Salomon, vielen Dank für dieses Gespräch.

Das Gespräch führte Lars Bargmann.